

Verschwörungsideologische Allianzen

Von Anetta Kahane

Ein anstrengendes Jahr geht zu Ende, die Zeiten sind gerade düster. Uns erschütterten die Morde in Hanau, kaum ein halbes Jahr nach dem Angriff auf die Synagoge in Halle. Menschen starben, Trauer, Verunsicherung und Zorn sind groß. Die Corona-Krise hat es nicht besser gemacht. Im Gegenteil. Zu dem Übel der Anschläge kam die Bewegung gegen die Corona-Maßnahmen. Sie hat zu einer weiteren Radikalisierung der Stimmung in Deutschland beigetragen. Hier konnten wir zum ersten Mal live beobachten, wie Verschwörungsideologien Milieus der gesellschaftlichen Mitte mit Rechtsextremismus zu vereinen vermögen. Reichsbürger, AfD, Wutbürger und völkische Siedler liefen auf den Corona-Protesten neben Impfgegnern, Esoterikern und ökologisch-alternativ Lebenden, ohne dass es zu grundsätzlichen politischen Abgrenzungen kam.

All diesen Milieus ist der antisemitische Kern des Verschwörungsideologens herzlich egal oder sogar willkommen. Neben der Relativierung und zynischen Besetzung der Symbole der Shoah waren auch Anhänger antisemitischer Ideologien unterwegs. Die Eliten als Chiffre für Juden haben nach Auffassung dieser Milieus einen perfiden Plan, dem Volk zu schaden. Auf vielen Demonstrationen zeigte sich, wie aggressiv und dezidiert diese Gruppen auftreten. Man kann also durchaus sagen, dass der Antisemitismus in einer seiner ursprünglicheren Formen auf die Tagesordnung zurückgekehrt ist.

Interessant daran ist die Ost-West-Mischung dieser Bewegung. Während die öko-alternativen, esoterischen und naturmedizinisch orientierten Gruppen vorwiegend aus dem Westen kommen, kommen die Rechtsextremen mehrheitlich aus dem Osten. Die Vereinigung dieser beiden Strömungen gegen die Corona-Maßnahmen fand ironischerweise im 30. Jahr der deutschen Einheit statt. Dass Rechts-extreme sich in der Corona-Krise so mühelos öffentlich mit anderen gesellschaftlichen Gruppen zusammenschließen konnten, wirkt überraschend und bedrohlich. Es zeigt ihre Fähigkeit, über das Thema antisemitischer Verschwörungserzählungen Allianzen zu bilden. Dies hat eine Tradition in Deutschland.



© Peter van Heesen

Die antisemitische QAnon-Bewegung hat hier übrigens mehr Anhänger als in allen anderen Ländern außerhalb der USA. Die deutschen Anhänger des Verschwörungsideologens lieben dieses Spiel aus Antisemitismus und autoritären Umsturzphantasien. Dieses Geraune und die aggressive Träume, endlich aufzuräumen, triggern eine alte Wunde. Sie erinnern an den Wahn, die Juden ausrotten zu wollen, den die Vernunft und die Alliierten so jäh unterbrochen hatten.

Wir sind uns klar darüber, wie viel Kraft es kosten wird, die Irrationalität gepaart mit Aggression und Hass wieder zurückzudrängen. Einiges kann dafür getan werden. Antisemitismus, Verschwörungsideologien, Rassismus, das alles ist nicht unabwendbar. Selbst in düsteren Zeiten nicht. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung damit ist wichtig, wir müssen darüber reden, vernünftig, mit Wissen und Erfahrung und vielen hilfreichen Projekten, die wir mit Ihrer Unterstützung durchführen können.

Es bleibt nicht düster, bald kommen Weihnachten, Chanukka und andere Lichterfeste, die das Ende des Winters ankündigen. Dann wird es heller, und Corona ist irgendwann hoffentlich nur eine dunkle Erinnerung. Genau wie die Hochkonjunktur der Verschwörungsideologien.

Nicht mehr zu leugnen

Black Lives Matter konfrontiert uns mit unserem Rassismusproblem. Aber haben wir die Botschaft verstanden?



© picture alliance/dpa | Britta Pedersen

Teilnehmer*innen einer Kundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz protestieren gegen Rassismus und Polizeigewalt

Eine Hürde, die viele nicht bereit sind zu nehmen

Von Hadnet Tesfai

Eigentlich ist es immer das Gleiche: spätestens im November kommt es einem so vor, als wäre alles, was man in der wärmenden Sonne des Sommers erlebt hat, Lichtjahre her.

Dabei sind es gerade mal sechs Monate, die zwischen heute und den deutschlandweiten Protesten der Black Lives Matter Bewegung liegen. Abertausende Menschen gingen Anfang Juni auf die Straße, um gegen Rassismus im Allgemeinen und den Mord an George Floyd und rassistisch motivierte Polizeigewalt im Besonderen zu demonstrieren. Es wurden hektisch schwarze Quadrate gepostet und mit den entsprechenden Hashtags versehen. Einige besonders rücksichtsvolle Influencer*innen hielten sich sogar mit der Veröffentlichung von allzu selbstdarstellerischem Content auf ihren Social Media Kanälen zurück. Alle sprachen über Rassismus. Und während sich die Blicke hierzulande anfangs noch mitfühlend in die USA richteten, wurden die Rufe von Schwarzen Deutschen nach einer spezifisch deutschen Betrachtung des Problems immer lauter.

Rassismus ist keine amerikanische Thematik. Den gibt es auch bei uns. Das war die Aussage, die viele Schwarze Journalist*innen in diesen atemlosen Frühsommertagen mal wieder in Dauerschleife wiederholten. In zig Telefoninterviews, selbstgedrehten Handyvideos, Videointerviews oder geschriebenen Statements. Viele meiner Kolleg*innen arbeiteten damals an der Grenze der physischen und psychischen Belastung, denn plötzlich waren wir beides, Betroffene und Expert*innen, und sollten möglichst bewegend über unsere eigenen Rassismuserfahrungen sprechen, Dynamiken analysieren und nach Möglichkeit gleich konkrete und einfach umzusetzende Lösungsvorschläge liefern.

Das ist ein fast schizophrener Spagat, der in der hohen Schlagzahl der eingehenden Interviewfragen einen enormen Kraftaufwand bedeutete. Viele Schwarze Menschen mussten z.B. bei der Arbeit, mit Freunden, und zum Teil auch in der eigenen Familie Gespräche führen, die sie so noch nie geführt hatten und vielleicht auch gar nicht führen wollten. Einige waren reinigend und konstruktiv, andere unangenehm und ernüchternd. Die größte Schwierigkeit in solchen Unterhaltungen war und ist nach wie vor das Verständnis von Rassismus.

Was ist das eigentlich, eine Rassist*in? Die meisten verstehen darunter ein Individuum, das andere Menschen ausdrücklich aufgrund ihrer Hautfarbe hasst und ihnen vorsätzlich wehtun möchte.

Rassismus ist für viele also immer eine bewusste Entscheidung mit böser Absicht. Die Männer, die vor 30 Jahren Amadeu Antonio umgebracht haben, das waren Rassisten, dumpfe Schläger, Neonazis und Rechte. Wer will schon mit solchen Typen in einen Topf geworfen werden?

Die sich aus dieser Logik ergebende Abwehrhaltung ist es, die einer sachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema im Weg steht. Dabei ist die Annahme, dass wir alle in einer Welt mit systemimmanentem Rassismus leben, weil er ein Machtverhältnis beschreibt, in dem die einen bevorteilt werden, zunächst etwas herrlich Unpersönliches. Da geht es nicht um die eigene Gesinnung oder politische Überzeugung, aber diese Definition bringt die nächsten Konzepte in Position, mit denen viele hadern: Rasse als soziales Konstrukt und White Privilege. Und so befinden sich leider noch viel zu kleine Teile der Weißen Bevölkerung in einem Diskurs, der sich immer weiterentwickelt, einer, in dem man heute noch PoC sagt und morgen schon BIPOC und übermorgen das Konzept, alle Nicht-Weißen Menschen wie eine homogene Gruppe zusammenzuwerfen, infrage stellt. Das eigene Weiß Sein in dem Zusammenhang zu reflektieren und kontinuierlich mitzudenken ist eine weitere Hürde, die viele nicht bereit sind zu nehmen.

Die meisten aber scheitern an der Tatsache oder sind zumindest davon abgeschreckt, dass der Prozess des Verstehens und entsprechend der des Lernens gefühlt nicht zu Ende geht. Und es ist auch nicht so, also ob alle Schwarzen Menschen in Deutschland sich aktiv an einer differenziererten und zugegebenermaßen auch teils sehr wissenschaftlichen Debatte beteiligen würden. Aber unser Alltag, in dem wir ständig mit unserer Sozialisierung und Fremdzuschreibungen konfrontiert sind, lässt uns quasi keine andere Wahl. Die aufwühlenden Ereignisse des Frühsommers 2020 haben besonders bei jungen Schwarzen Menschen ihre Spuren hinterlassen. Sie erheben mehr denn je einen ganz natürlichen Anspruch auf dieses Land. Die sozialen Medien spielen dabei eine große Rolle und sind der Ort, an dem sie sich sehen, finden, vernetzen und austauschen. Das Bedürfnis, genau das zu tun, die Nähe zueinander zu suchen und damit Trost und Verständnis, aber auch Stärke und Mut zu finden, war nach dem Mord an George Floyd so groß wie nie. Auch in Deutschland. Verglichen mit der Verunsicherung, der Ohnmacht und vor allem dem Gefühl des Alleinseins unter Schwarzen Menschen nach dem Mord an

Amadeu Antonio im Jahr 1990 sind wir 30 Jahre, also eine Generation später, etwas weiter. Als Gesellschaft noch längst nicht weit genug. Aber wie weit wir kommen, liegt nicht nur in der Hand der Schwarzen Bevölkerung Deutschlands. Das entscheidet maßgeblich auch die Bereitschaft Weißer Menschen, die Ärmel hochzukrempeln und an ihrem Selbstverständnis zu arbeiten.

Hadnet Tesfai ist Moderatorin für das ZDF, ProSieben und Arte. Im Zuge der Black Lives Matter Bewegung organisierte sie Demonstrationen und sprach am 6. Juni in Berlin zu mehr als 20.000 Menschen. Mit ihrer Kollegin Aminata Belli startete sie die Instagram-Talkreihe „Sitzplatzreservierung“.

Gedenken an Amadeu Antonio

Digital und dezentral erinnert die Barnimer Kampagne „Light Me Amadeu“ an die Ermordung von Amadeu Antonio vor 30 Jahren. Am 25. November 1990 wurde der angolanische Vertragsarbeiter von Neonazis in Eberswalde ins Koma geprügelt. Am 6. Dezember erlag er seinen Verletzungen. Zwischen dem Jahrestag des Angriffs und dem Todestag lädt „Light Me Amadeu“ dazu ein, Blumen und Botschaften an Amadeu Antonios Gedenkstein niederzulegen sowie digitale Gedenkbeiträge unter dem Hashtag #amadeuantonio zu teilen. Am 6. Dezember ist zudem eine Gedenkveranstaltung vor Ort geplant.

In ihrer unabhängigen Zählung führt die Amadeu Antonio Stiftung 213 Todesopfer rechter Gewalt seit der Wiedervereinigung. Nach erneuten Recherchen wurden zuletzt fünf Menschen in die Liste aufgenommen. Wir gedenken Alexandra Rousi, Rolf Baginski, Friedrich Maßling, Philipp W. und Christian Sonnemann. Dennoch geht die Stiftung von einer hohen Dunkelziffer aus.



Die Amadeu Antonio Stiftung tritt für eine Gesellschaft ein, in der Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und weitere Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit keinen

Platz haben. Hierfür unterstützt die Stiftung lokale Initiativen, die sich gegen menschenfeindliche Einstellungen engagieren sowie für Demokratie und den Schutz von Minderheiten eintreten. Für

sie und ihr Engagement wollen wir Öffentlichkeit schaffen, ihnen mit Rat und Tat sowie mit finanzieller Unterstützung zur Seite stehen.

Paradiesvögel statt Reichsadler

Mit einem Autokorso setzen Engagierte ein Zeichen gegen Corona-Demos in der Lausitz – und werden zur Hassfigur einer ganzen Region

GEFÖRDETES PROJEKT

Ein sonniger Junitag an der B96 zwischen Zittau und Bautzen. Wie an jedem Sonntag in diesem Sommer zwischen 10 und 11 Uhr kommen hier Menschen zusammen, vorgeblich um gegen die Coronamaßnahmen der Bundesregierung zu demonstrieren. Wie an jedem Sonntag säumen Reichsflaggen und Deutschlandfahnen den Straßenrand, steht Nazi-Tattoo neben AfD-Abgeordnetem, Reichsbürger neben Aluhut. Vor Ort sind auch die neonazistische Kleinstpartei Dritter Weg, die Identitäre Bewegung und QAnon-Anhänger*innen. Das berichten Engagierte aus dem nahegelegenen Löbau.

Denn am 14. Juni sind die Rechtsextremen und Verschwörungsgläubigen nicht allein an der B96. Dreißig Fahrzeuge haben sich zu einem Protestzug zusammengeschlossen. Unter dem Motto „Paradiesvögel statt Reichsadler“ will die „Karawane der Vernunft“ an diesem Sonntag ein Zeichen für ein demokratisches, solidarisches Miteinander und gegen die rechtsextrem dominierte Kundgebung setzen. Der örtliche DGB hat den Autokorso angemeldet, initiiert wurde er vom Löbauer Verein Augen Auf.

Fast alle Teilnehmenden kommen aus der Region. Sie wissen, wer an jenen Sonntagen auf der Straße steht, und sie haben Vorsichtsmaßnahmen ergriffen: Klebten ihre Nummernschilder ab, trafen enge Absprachen mit der Polizei. Die Aggression, die der friedlichen Demo entgegenschlägt, hätten die Engagierten trotz allem nicht erwartet. „Es wurden Hitlergrüße gezeigt, auf die Fahrbahn gesprungen, Eier geschmissen, in die Autos geschlagen, nach Menschen geschlagen“, berichtet Dorothea Schneider, Vorstand von Augen Auf. „Und wer sein Nummernschild nicht abgeklebt hatte, bekam im Nachgang einen Besuch abgestattet, mit Hakenkreuzschmierereien an Autos und Häusern.“

Die Hausbesuche waren das eine. Die massiven Anfeindungen gegen die Beteiligten das andere, kräftezehrende Resultat der Karawane. Die Intendantin des Zittauer Theaters, das mit einem Wagen bei der Karawane mitfuhr, wurde zum Rücktritt aufgefordert. Der DGB erlebte in den Sozialen Medien einen Shitstorm, der seinesgleichen sucht. Zahlreiche Mitglieder traten aus dem Gewerkschaftsdachverband aus – zu links, was die Hauptamtlichen da taten. Mittels einer Kleinen Anfrage machte die AfD die Karawane der Vernunft im



Überlassen den B96-Protesten nicht das Feld: Die „Karawane der Vernunft“ © xcitePRESS

Verein begann mit Konzerten gegen Rechts, über deren Zulauf die Engagierten selbst überrascht waren. Es folgten Ausstellungen, Theaterstücke, das antirassistische Turnier „Fußball grenzenlos“, Bildungsarbeit in Schulen, Jugendarbeit im Dreiländereck mit Tschechien und Polen, seit 2015 Unterstützungsprogramme für Geflüchtete. Die Liste ist enorm und noch längst nicht zu Ende. Was die Projekte verbindet: Der Kampf für ein demokratisches, solidarisches Miteinander und gegen Rassismus und Ausgrenzung. Was Augen Auf für die Lausitz bedeutet: Dass da immer wer ist, der hinschaut, Zivilcourage einfordert, handelt.

Es ist ein zäher Kampf gegen Windmühlen. Unweit von Görlitz gelegen gehört Löbau zu jenem Wahlkreis, in dem der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer 2017 sein Bundestags-

Elisabeth Fast. Als Bildungsreferentin gegen Verschwörungsideologien ist sie für die Amadeu Antonio Stiftung in ganz Sachsen unterwegs.

„Die Akzeptanz von rechten Strukturen gab es hier schon immer, aber sie wird immer größer“, berichtet Schneider, und Kaseler ergänzt: „Man spürt, dass die Kinder derer, die in den 90er Jahren in Kameradschaften waren, mittlerweile erwachsen sind.“ Anfeindungen gegen zivilgesellschaftlich Engagierte gehören hier zum Alltag, Übergriffe durch Rechtsextreme zur Regel. Mehrfach wurde bereits in das Büro von Augen Auf eingebrochen. Die politischen Kräfteverhältnisse machen Umgangsstrategien, die an anderen Orten gegen neurechte Raumnahme funktionieren, obsolet: „Hier ist es viel schwieriger, die AfD zu ignorieren, weil sie in sämtlichen Gremien vertreten ist“, resümiert Fast.

So weit, so kompliziert. In anderen Fällen liegt allerdings auf der Hand, was die Rolle von Politiker*innen der demokratischen Parteien sein sollte, finden Schneider, Kaseler und Fast: Klar gegen Menschenfeindlichkeit Stellung zu beziehen. „Wie unter einem Brennglas hat sich an der Karawane gezeigt, was hier in der Region los ist“, erklärt Kaseler. „Niemand hat von offizieller Seite über die Proteste reden wollen, die Leute haben die Augen verschlossen – denn wenn man die Proteste an der B96 kritisiert, gibt man offen zu: Wir haben da ein Problem.“ Nach außen die saubere Weste zu behalten sei jedoch Priorität. Wer den Mund aufmache, werde als Nestbeschmutzer diffamiert.

In einem solchen Klima ist es wenig verwunderlich, dass Reichsbürger*innen und andere rechtsextreme Siedlungsprojekte sich in der Region niedergelassen haben. Kaseler berichtet von einem Oldtimer-Treffen, das von Wehrmachtsfahrzeugen und Uniformierten bevölkert wird sowie Sachbeschädigungen, die klar dem Milieu zuzurechnen sind. Wobei eine angemessene Reaktion der Polizei ausbleibt: Auf Anzeigen werde von den Beamt*innen häufig gar nicht reagiert, oder die Ermittlungen sofort eingestellt.

Eigentlich ist ein solches Vorgehen nicht mehr Usus, erklärt Reichsbürger-Experte Benjamin Winkler. In den letzten Jahren sei das Problembewusstsein in den Behörden stark gestiegen. „Das Problem ist allerdings die Vernetzung der Milieus auch in Ostsachsen: Mittlerweile ist schwer zu sagen, wer Reichsbürger, zur AfD gehörend oder Verschwörungsideologe ist“, so der Soziologe, der selbst jahrelang Behörden im Umgang

mit Reichsbürger*innen fortbildete. „Die Milieus sind sehr miteinander verwoben.“ Außerdem gebe es Kontakte in die Sicherheitsbehörden. Es könne deswegen durchaus sein, dass in Polizei, Ordnungsamt oder Schulbehörde Beamt*innen säßen, die das Thema nicht allzu ernst nähmen, befindet Winkler.

„Bei der letzten Landtagswahl sind wir gerade so am Fiasko vorbeigeschrammt“, mahnt Kaseler, „genauso gut hätte die AfD gewinnen können.“ Seine Prognose für die kommende Legislaturperiode ist düster: „Alle, die damals sagten, es kann nicht mehr schlimmer kommen, sind jetzt anderer Meinung.“ Die verbleibende Zeit bis zur nächsten Wahl will Augen Auf nutzen, um „etwas für den Ernstfall aufzubauen.“ Konkret heißt das:

Rechtsextreme Angriffe gehören hier zur Regel, mehrfach wurde in das Büro von Augen Auf eingebrochen

Die demokratische Zivilgesellschaft zu vernetzen, damit sie beim nächsten Angriff von Rechtsextremen entschieden, laut und geschlossen auftreten kann. Mittels einer Koordinierungsstelle, die Pressemitteilungen vorlegt und gemeinsame Projekte anschiebt, sollen regionale politische Netzwerke endlich schlagkräftiger werden.

Unterstützt wird Augen Auf dabei von der Amadeu Antonio Stiftung im Rahmen des Förderprogramms „Engagierte stärken! Ostdeutschland für demokratische Kultur“. „Gerade, um kritische Strukturen aufzubauen ist es wichtig, finanziell unabhängig von Mitteln zu sein, über deren Vergabe die AfD mitentscheidet“, sagt Kaseler. „Die Förderung kam wirklich genau zum richtigen Zeitpunkt.“ Mithilfe der Stiftung konnte Augen Auf zudem Initiativen und Projekte in der Region unterstützen – beispielsweise beim Monitoring rechtsextremer Strukturen oder in der Organisation von Protesten gegen völkische Siedlungsprojekte.

Die Engagierten hoffen, dass die Coronapandemie nicht wieder ihre Pläne durchkreuzt. Aber jetzt ist ohnehin erstmal Feiern angesagt: Am 10. November gewann die Karawane der Vernunft den Sächsischen Förderpreis für Demokratie.

Von Franziska Schindler



Ein ganz gewöhnlicher Morgen an der B96 zwischen Zittau und Görlitz

© Sebastian Kahnert, picture alliance/dpa

sächsischen Landtag zum Thema. Nur vereinzelt stellten sich Kommunalpolitiker*innen hinter die Engagierten. „Es war irreführend, was wir da erlebt haben“, resümiert Schneider.

Wer sich in einem solchen Klima engagiert, braucht Mut, Frustrationstoleranz und einen langen Atem. Augen Auf hat alles davon. Die couragierten Löbauer*innen gründeten den Verein im März 2001. „Wir wollten etwas tun, als die Lausitz zur national befreiten Zone wurde“, erinnert sich Sven Kaseler, der von Anfang an dabei war. Der

direktmandat gegen den damals noch unbekannt AFD-Mann Tino Chrupalla verlor. „Die AfD und Chrupalla bezeichnen uns mittlerweile als ihren Fanclub, weil sie uns immer wieder begegnen und wir ihnen ganz schön auf die Nerven gehen“, erzählt Kaseler amüsiert. Gegenrede, die stets in der Minderheit bleibt: „Wir gehen davon aus, dass konservative bis rechtsextreme Parteien etwa 80 Prozent der Wähler*innenstimmen in der Region auf sich vereinen, progressive Parteien kommen auf circa 20 Prozent“, analysiert

Kulturkampf von rechts außen – nun zulasten der Gesundheit?

Verschwörungsideologien bieten den Einstieg in rechtsextreme Milieus. Wie die Radikalisierung von Verschwörungsgläubigen unterbunden werden kann, erklärt die Amadeu Antonio Stiftung in einem neuen Policy Paper.

Während das Infektionsgeschehen der Covid-19-Pandemie seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht, radikalisieren sich auch die Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen von Bund und Ländern. Jenseits des Atlantiks, im US-Bundesstaat Missouri, vereitelte das FBI bereits im März den Anschlag eines Rechtsextremen auf ein mit Covid-19-Patient*innen belegtes Krankenhaus. Nun explodieren auch in Deutschland Sprengsätze, wird ein Gebäude des Robert-Koch-Instituts angegriffen, kommt es zu Rängeleien von Demonstrant*innen mit der Polizei, und werden Abgeordnete im Bundestag bedrängt. Entsprechend besorgt beobachten wir Großdemonstrationen wie jüngst in Berlin und Leipzig,

die ganze Städte zu Angsträumen für Menschen machen, die ins Feindbild von Rechtsextremen und Verschwörungsideolog*innen passen – wegen ihrer Hautfarbe, weil sie als Journalist*innen erkennbar sind oder einfach nur wegen des Tragens einer Maske.

Angesichts der ungeheuren Dynamik der Pandemie dürfen wir die Infektionsschutzmaßnahmen nicht zum Feld eines irrationalen und rechtsextremen Kulturkampfes werden lassen. Von einer breiten Akzeptanz der Maßnahmen hängt der Erfolg der Pandemiebekämpfung entscheidend ab. In den USA lässt sich beobachten, wie etwa die Ablehnung des Maske-Tragens für ein ganzes politisches Lager Identitätsstiftend ist. Wir müssen klarstellen: Es gibt einen Unterschied zwischen demokratischer Debatte über die Corona-Maßnahmen, wie sie in den Parlamenten und auch unter Wissenschaftler*innen geführt wird, und gefährlichen Falschinformationen über Covid-19.

In gesellschaftlichen Krisen haben Verschwörungserzählungen Hochkonjunktur – Corona ist hier keine Ausnahme. Es besteht die Gefahr, dass die aktuell virulenten Verschwörungsnarrative für eine Vielzahl von Menschen einen Einstieg in das Milieu bieten. Dort warten radikalere Verschwörungserzählungen, die teils deutlich stärker zu realer Gewalt drängen. (Welt-)Verschwörungsideologien gleichen Antisemitismus in ihrer Struktur, und auch ganz real sind beide oft gemeinsam anzutreffen. Auch das macht sie besonders gefährlich und zu einer zentralen gesellschaftlichen Herausforderung.

Die Amadeu Antonio Stiftung hat zuletzt ein Papier mit Analysen und Empfehlungen zur Bekämpfung von Verschwörungserzählungen, Desinformation und Antisemitismus im Zuge der Corona-Pandemie veröffentlicht. Unter dem Motto „Deradikalisierung bedeutet Infektionsschutz“ fordert die Stiftung unter anderem

- ein mit 10 Millionen Euro ausgestattetes Bundesprogramm zur Bekämpfung von Antisemitismus und Verschwörungserzählungen, das Expertise und Vernetzung zum Thema in Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Sicherheitsbehörden fördert;
- eine flächendeckende Gefährdungsanalyse in Online-Communities, aber auch in klassischen Offline-Gefährdumilieus sowie konsequente Repressionsmaßnahmen gegen Reichsbürger*innen, Hooligans und gewaltbereite Verschwörungsideolog*innen – gerade im Umfeld von Demonstrationen, bei denen absehbar Hygiene- und Abstandsauflagen missachtet werden;
- die Einbindung der Radikalisierungsprävention gegen Verschwörungserzählungen und Desinformationen in die staatliche Strategie zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Dieser Tage hat nicht nur unsere Gesundheit besonderen Schutz nötig, sondern auch unsere Demokratie.

Von Fabian Schroers und Timo Reinfrank

„Ich habe noch viele Fragen“

Naomi Henkel-Gümbel ist eine von 43 Nebenkläger*innen im Halle-Prozess. In Deutschland aufgewachsen, wanderte sie nach der Schulzeit nach Israel aus und teilt heute ihre Zeit zwischen beiden Ländern auf. Mit uns sprach sie über den Anschlag von Halle und die Zeit danach.



© Adela Lovrić

Wie haben Sie den Anschlag von Halle erlebt?

Ich habe nicht sofort verstanden, was passiert ist. Nach dem ersten Knall habe ich noch Witze gemacht – nach dem Motto „Ah, jetzt bin ich ja wenigstens wach.“ Wir hatten ja bereits seit dem Abend davor gefastet. Das Stehen während des Gebets, die Konzentration, die Auseinandersetzung mit sich selbst – das ist ja durchaus auch kräftezehrend.

Wann haben Sie verstanden, wie ernst es ist?

Nach dem zweiten Knall war mir sofort bewusst, dass es antisemitisch motiviert war. Wir sind in die Wohnung oberhalb der Synagoge gelaufen, während andere Personen alle Zugänge verbarrikadierten. Eine Person fing an, Bettlaken abzuziehen und eine Notleiter zusammenzuknoten.

Obwohl ich das als ein Zeichen für den Ernst der Lage wahrgenommen habe, wollte ich weiterhin wie gewohnt den Tag traditionell einhalten – etwas, was mir im Nachhinein sehr zugesetzt hat. Das nicht richtige Einschätzen der Situation und diese Ungewissheit, dieser Kontrollverlust war besonders schwierig.

Wie ging es Ihnen nach dem Anschlag?

Die ersten Tage danach waren für mich schwer zu bewältigen. Einen Tag später wollten wir mit dem Zug zurück nach Berlin fahren. Unsere ursprüngliche Verbindung konnten wir nicht nehmen. Am Schalter fragte uns die Bahnangestellte, warum. Wir guckten uns an und schwiegen einen Moment. Dann erzählten wir kurz, was passiert war. Die Bahnangestellte antwortete knapp, dass könne ja jede*r behaupten und fragte, wie wir das beweisen könnten. Ja, wie können wir beweisen, dass wir einen antisemitischen und rassistischen Terroranschlag überlebt haben? Ich schaute auf meinen Arm und sah da noch das Bändchen, das uns im Krankenhaus zur Registrierung angelegt worden war. Auf dem Weg Richtung Gleise begegnete uns ein Neonazi mit der üblichen Kleidung und den üblichen Tattoos. Das war unser Abschied von Halle.

Wie ist Ihr Leben heute?

Ich habe nach und nach versucht, diesen Kontrollverlust zu bearbeiten. Ich möchte nicht, dass dieses Erlebnis dauerhaft meinen Alltag bestimmt. Das gelingt mir jetzt wieder besser. Es gibt sehr viele Bereiche, bei denen ich sagen würde, da bin ich stärker als vor Halle.

Warum haben Sie sich dafür entschieden, Nebenklägerin zu werden?

Als Nebenklägerin habe ich die Möglichkeit, das

Narrativ rund um dieses Ereignis aktiv mitzugestalten. Ich möchte dazu beitragen, dass mehr Fakten ans Licht kommen. Ich habe das Gefühl, die Öffentlichkeit hat diesen Anschlag schon ad acta gelegt. Aber ich habe noch viele Fragen. Ich frage mich, ob wir wirklich von einem Einzeltäter sprechen können, wenn er sich in Online-Communitys mit anderen austauschte, sich mit seinem Anschlag auf einen anderen Attentäter bezieht und zur Nachahmung auffordert. Ich will wissen, wie die Behörden zu der Einschätzung kommen, dass vor der Synagoge kein Schutz notwendig war. Ich frage mich auch, warum die Presse lieber darüber berichtet, dass uns eine Tür aus guter deutscher Eiche gerettet hat, anstatt darüber, dass jüdische Gemeinden mit oft sehr wenig Mitteln ihre Sicherheitskonzepte in der Regel selbst erarbeiten und mit ihren eigenen Budgets umsetzen müssen.

Was erhoffen Sie sich von dem Prozess?

Ich hoffe, dass ich besser verstehen kann, wie solche Taten in der Zukunft verhindert werden können. Ich möchte Brücken statt Mauern bauen. Auch wünsche ich mir, dass der Prozess dazu beiträgt, dass es ein besseres Verständnis der Mehrheitsgesellschaft für die Lebenswelten von uns Minderheiten gibt. Wir brauchen mehr solidarische Bündnisse mit- und untereinander. Die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre und die Zunahme rechter Gewalt und rechten Terrors zeigen, dass das wichtiger denn je ist.

Was bedeutet der Anschlag in Wien für jüdisches Leben in Europa?

Der Anschlag hat auf mehreren Ebenen erschüttert – die Nähe zur Synagoge, das Abzielen auf alles in der Umgebung, auf alle Menschen in unmittelbarer Nähe. Ich kann schlecht sagen, was

ein solcher Anschlag für jüdisches Leben in Gesamt Europa bedeutet – außer, dass er wie jeder Anschlag Identitäts-, Glaubens-, wie auch Sicherheitsfragen aufwirft. Jüd*innen dabei zu helfen, einen Sinn darin zu finden, sich weiterhin um jüdisches Leben hier zu bemühen – das sehe ich als meine Aufgabe. Wir dürfen Extremisten nicht diese Genugtuung geben, die Diversität, die Europa bietet und in der das Judentum verankert ist, zu zerstören. Aber diese Aufgabe können wir nicht alleine stemmen – das klappt nur, wenn man anderen außerhalb der eigenen Community die Hand reicht und zusammenarbeitet.

Das Interview führte Rachel Spicker.

In voller Länge können Sie das Interview mit Naomi Henkel-Gümbel in unserem „Zivilgesellschaftlichen Lagebild Antisemitismus“ nachlesen, das auf unserer Website zum Download bereitsteht. Die Publikation bündelt zivilgesellschaftliche und jüdische Perspektiven auf Antisemitismus und gibt Einblick in seine heutigen Erscheinungsformen.



Rechtsextreme Chats und kaum Konsequenzen

In den letzten Monaten wurde eine ganze Fülle an rechtsextremen „Einzelfällen“ unter Polizeibeamten bekannt – doch eine ernstzunehmende Aufarbeitung bleibt aus

Chats, in denen Beamte auf Fotos mit Hitlergrüß posieren oder ihre Dienstmütze zum Hakenkreuz anordnen, bunte Bildchen mit NS-Symbolik teilen oder von ihren Vernichtungsfantasien berichten: Rechtsextreme Chatgruppen in der NRW-Polizei haben zuletzt bundesweit Schlagzeilen gemacht. Solche Vorfälle sind widerlich, aber keineswegs neu – ungewohnt war aber die deutliche Reaktion. Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul sprach von einer „Schande für die Polizei“ und setzte eine Sondereinheit ein, es wurden etliche Beamt*innen suspendiert. Inzwischen muss Reul einräumen, dass sich der Skandal ausweitet. Doch damit ist er keineswegs allein: Der Verfassungsschutz berichtet von 350 rechtsextremen Verdachtsfällen bundesweit zwischen Januar 2017 und März 2020 – basierend auf wohlgeerntet freiwilligen Meldungen aus den Ländern. Die Dunkelziffer dürfte noch viel höher sein.

Was sich dahinter verbirgt: Ein Polizeibeamter, der zu Rechtsextremismus ermittelte, aber selbst an einem rassistisch motivierten Übergriff auf einen Afghanen beteiligt war. Ein Polizeimitarbeiter, der eine rechtsextreme Terrorzelle finanziell und bei der Beschaffung von Waffen unterstützte. Ein Kripo-Beamter, der seinen dienstlichen Schreibtisch mit Hakenkreuzen und Hitlerbildern dekorierte. Unzählige verfassungsfeindliche Äußerungen, in und außerhalb des Dienstes. Und immer wieder rechtsextreme Chatgruppen voll von Rassismus und Antisemitismus – deutschlandweit.

Um das Problem ernsthaft anzugehen, bräuchte es eine schonungslose Analyse. Doch gegen die versperrt sich Bundesinnenminister Horst Seehofer vehement. Gegen den naheliegenden Vorwurf, die Polizei habe ein strukturelles Problem, verwehrt sich der oberste Dienstherr mit aller Schärfe, eine Untersuchung rassistischer Tendenzen in der Polizei lehnte er entschieden ab. Nun soll es doch eine Studie geben: Sie soll den Polizeialltag und explizit auch „Gewalt und Hass gegen Polizeibeamte“ unter die Lupe nehmen. Bei allem Verständnis für den schweren Job, den Polizist*innen hierzulande machen: Das kann und darf keine Rechtfertigung für Rassismus unter den Beamt*innen sein. Wir reden nicht über Dumme-Jungen-Streiche, sondern über verfassungsfeindliche Straftaten, die das Vertrauen in die Polizei derart beschädigen, dass es kaum wieder gutzumachen ist – vor allem unter denjenigen, die von Bedrohungen, Hass und Diskriminierung betroffen sind.

Und so wenden sich viele Jüdinnen und Juden schon lange nicht mehr an Polizeibeamt*innen, wenn sie antisemitische Übergriffe erleben. Schwarze Menschen und People of Color sind nicht mehr überrascht, wenn sie als einzige auf dem Bahnhofsvorplatz nach ihrem Personalausweis gefragt werden. Für zahlreiche Betroffene von digitaler Hasskriminalität ist es bereits Nor-

malität geworden, von den Ermittlungsbehörden nicht ernst genommen zu werden. Von groß angelegten Maßnahmen, die Vertrauen zurückgewinnen könnten, ist bislang nichts zu hören. Wo bleibt die unabhängige Anlaufstelle, die Betroffene ernst nimmt? Wohin können sich Polizeibeamte wenden, wenn sie rechtsextreme Umtriebe am Nachbartisch mitbekommen? Wenn sie Angst haben, Vorgesetzte anzusprechen, weil diese daran beteiligt sein könnten? Oder weil sie hinterher als schwarzes Schaf gelten, das die eigenen Kameraden verpfeift? Wo bleibt der oder die Polizeibeauftragte zur schonungslosen Aufklärung aller rechtsextremen Umtriebe? Wo sucht die Polizei die Zusammenarbeit mit den betroffenen Communities? Dafür zu sorgen, das wären die Aufgaben eines Innenministers. Es geht nicht darum, die eigenen Reihen unter Generalverdacht zu stellen oder die Polizei zu schwächen. Wer die Verpflichtung ernst nimmt, die Grundrechte zu garantieren und Gefahren abzuwenden, sollte die Polizei sogar stärken: Und zwar als Menschenrechtsinstitution.

Von Robert Lüdecke



Gedenken an Amadeu Antonio in Eberswalde. Zum 30. Todestag erinnert die Website www.amadeu-antonio.de an das Leben des angolanischen Vertragsarbeiters, den rassistischen Mord und dessen Aufarbeitung.

„So viel Rassismus hätte ich nicht für möglich gehalten“

Als Mustafa Hussien nach Deutschland kam, schockierte ihn nicht nur, wie rassistisch die deutsche Gesellschaft ist. Auch in der Initiativenlandschaft gibt es einiges umzukrempeln

„Ich habe jetzt zwei Jahre Erfahrungen mit diesem Land und ich finde es richtig krass“, sagt Mustafa Hussien: „Ich hätte niemals für möglich gehalten, dass es in Deutschland so viel Rassismus gibt.“ Als politisch Verfolgter floh Hussien aus dem Sudan. Dreimal saß der studierte Maschinenbauer dort bereits im Gefängnis. „Als ich in Deutschland ankam, war ich erstmal erleichtert: Endlich durchatmen, zur Ruhe kommen“, erinnert er sich. Doch nach drei Tagen in der Erstaufnahmeeinrichtung Eisenhüttenstadt ist die Erleichterung weg. Auf dem Weg zur Unterkunft wird Hussien von drei vorbeifahrenden Jugendlichen rassistisch beleidigt. Es ist die erste in einer Serie von Abwertungen, die er in den folgenden Monaten erleben wird. Das eine sind die Beleidigungen im öffentlichen Raum: auf der Straße mit dem N-Wort angesprochen, von Kopf bis Fuß gemustert zu werden. Das andere ist der strukturelle Rassismus in den Behörden: Vom Grundsicherungsamt über das Jobcenter bis zur Ausländerbehörde kann der ehrenamtliche Dolmetscher

von zahlreichen Diskriminierungserfahrungen berichten. „Ich hatte nach Freiheit gesucht, aber ich habe eine neue Form der Unterdrückung kennengelernt“ – das ist sein Resümee.

Von Eisenhüttenstadt zieht Hussien nach Ützdorf und schließlich Eberswalde – die Stadt, in der vor 30 Jahren der angolanische Vertragsarbeiter Amadeu Antonio von Neonazis ermordet wurde. Er war eines der ersten Todesopfer rechter Gewalt im wiedervereinigten Deutschland. 30 Jahre später gibt es in Eberswalde ein Bürgerbildungszentrum, das Amadeu Antonios Namen trägt, eine aktive demokratische Zivilgesellschaft, couragierte Politiker*innen, die Bürgerstiftung Barnim Uckermark. Und dennoch: „Mit jedem Kilometer, den ich mich von Berlin entferne und Eberswalde nähere, erlebe ich mehr Alltagsrassismus“, berichtet Hussien. „Die Rassist*innen auf den Straßen von Eberswalde erreicht die Zivilgesellschaft hier nicht.“

Aber Hussien, der im Sudan bereits für mehrere NGOs arbeitete und sich jetzt bei der Initiative „Barnim für alle“ engagiert, sieht noch ein anderes Problem: Viele der Engagierten – meist weiß und privilegiert – haben keinen Kontakt zu Betroffenen von rassistischer Diskriminierung – maßgeblich Geflüchteten, die in der Umgebung von Eberswalde in Sammelunterkünften wohnen. Wollen sie gegen die eigene Diskriminierung kämpfen, fehle in der Initiativenlandschaft der Anknüpfungspunkt. Wer mit Weißen zudem hauptsächlich Rassismuserfahrungen gemacht habe, dem falle es umso schwerer, ihrer Unterstützung zu vertrauen. Und selbst in diversen Gruppen sind meist die Privilegierten mit deutschem Pass in machtvollen Rollen, während Schwarze Menschen und People of Color unterstützende Aufgaben übernehmen. Und so bleiben rassistische Machtstrukturen bestehen, resümiert Hussien.

Die Gruppe „Barnim für alle“ sieht das Problem – und hat sich deshalb umstrukturiert: Entscheidungen treffen ab jetzt nur noch die Engagierten, die selbst von Diskriminierung betroffen oder geflüchtet sind. Weiße Menschen unterstützen dabei, Anträge zu schreiben, und übernehmen Care-Aufgaben wie Kochen. Mit Workshops zu Moderation, dem Verfassen von Redebeiträgen und Gruppenorganisation erlernen die Mitglieder das nötige Handwerkszeug, um sich bald neue Aufgaben zuzutrauen. Unterstützt werden sie dabei von der Amadeu Antonio Stiftung.

An Energie mangelt es der Gruppe nicht. Zum 30. Todestag von Amadeu Antonio organisiert sie mit anderen Eberswalder Initiativen neben einer Gedenkveranstaltung auch eine Social Media Kampagne. Die Workshopreihe und der Gruppenprozess gehen indes weiter. „Es ist nicht immer leicht, aber wir sind auf einem guten Weg“, davon ist Hussien überzeugt.

Von Franziska Schindler

Die guten Geschichten gibt es überall

Mehr als 170 Projekte, die sich für Demokratie und gegen menschenfeindliche Ideologien einsetzen, hat die Amadeu Antonio Stiftung in diesem Jahr gefördert. Einige stellen wir hier stellvertretend vor.

36 Jahre Schweigen

Sieben Menschen starben, dutzende wurden verletzt, als Rechtsextreme in der Nacht vom 26. auf den 27. August 1984 Feuer in einem hauptsächlich von türkeistämmigen Menschen bewohnten Wohnhaus legten. Und dennoch: „Niemand hier erinnert sich. Nicht die jungen Leute, aber auch nicht die ältere Generation“, berichtet ein Jugendlicher aus Duisburg. Die Initiative „Duisburg 1984“ will das ändern: Wissenschaftler*innen, Künstler*innen, Aktivist*innen und Nachbar*innen erinnern gemeinsam an den Brandanschlag und die rassistische Grundstimmung im Duisburg der 80er Jahre.



© Initiative Duisburg 1984

Mehr als eine Religion

„Ich bin deutsche Jüdin, das ist ja mehr als eine Religion“, sagt die von Deutschland nach Israel emigrierte junge Frau im Dokumentarfilm „Danach ist Dein Leben Deins: Alija-Erfahrungen deutsch-jüdischer Frauen.“ Darin berichten Frauen über ihre Immigration nach Israel. Es geht um Identität, Zugehörigkeit und Antisemitismuserfahrungen.



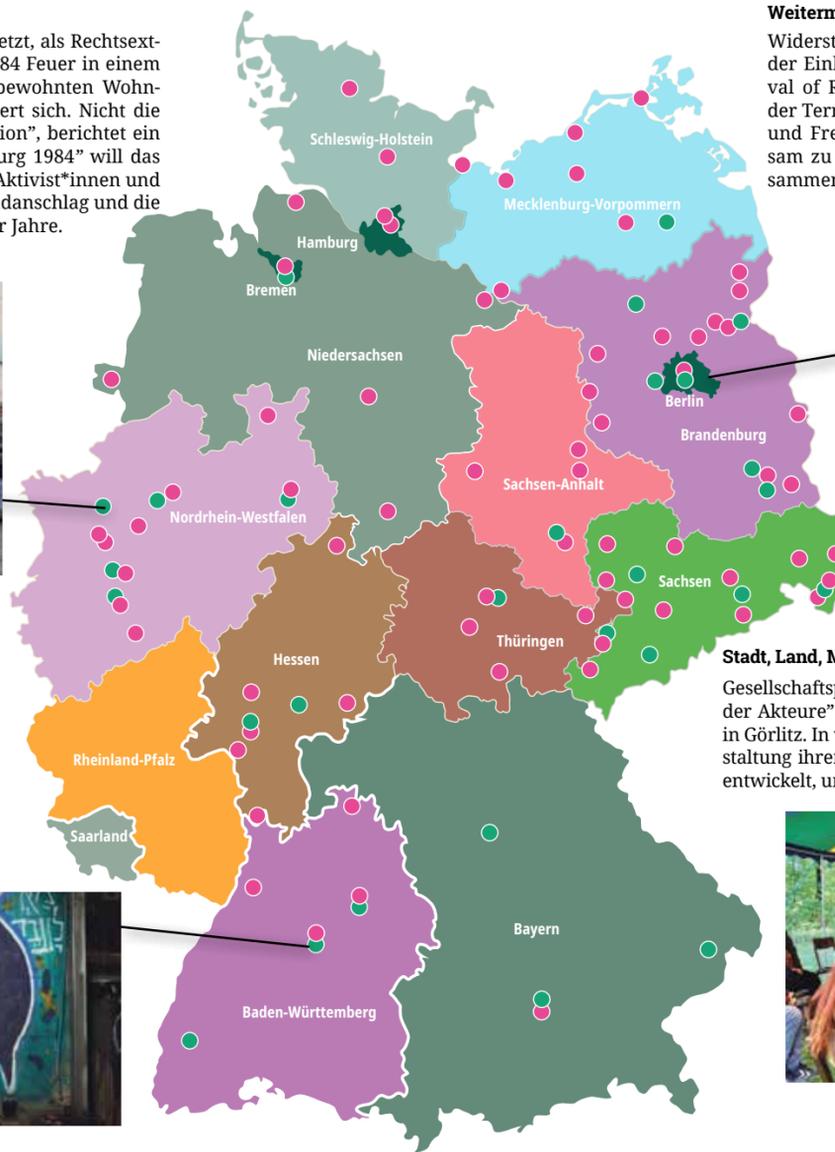
© Maischa Gelhard und Christine Koschel

Weitermachen

Widerstandskraft und Resilienz, Momente des Feierns, der Einheit und der Verbundenheit prägten das „Festival of Resilience“ in Berlin. Hier kamen Überlebende der Terroranschläge von Halle und Hanau mit Familien und Freund*innen der Opfer zusammen, um gemeinsam zu gedenken, sich gegenseitig zu stärken und zusammen in die Zukunft zu blicken.



© Debi Simon



Stadt, Land, Mitgestaltung!

Gesellschaftspolitisches Engagement trotz Corona! Beim „Überland Festival der Akteure“ trafen und vernetzten sich Engagierte aus ganz Deutschland in Görlitz. In verschiedenen Workshops haben sie Ideen zur aktiven Mitgestaltung ihrer Dörfer und Kleinstädte gesammelt und gemeinsam weiterentwickelt, um die Zukunft des Lebens im ländlichen Raum zu gestalten.



- Unterstützung durch den Opferfonds CURA
- Geförderte Projekte

Außerdem fördern wir: Filmprojekt „Empowering Young Voices Against Antisemitism“ – Berlin · „Initiative 19. Februar in Hanau“ – Hanau · „Aktionsjahr gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit“ – Hamburg · „Köfte Kosher 2020“ – Bremen · „Danach ist Dein Leben Deins: Alija – Erfahrungen deutsch – jüdischer Frauen“ – Stuttgart · „Festival of Resilience 2020“ – Berlin · „Come as you are“ – Dresden · „Niemand will von ihnen wissen und niemand will sie haben“ – Eberswalde · „KOMMIT“ – Bautzen · „Festival für ein offenes und solidarisches Neukölln“ – Berlin · „Asylinitiativenkonferenz“ – Dresden · „Medienkompetenz für Omas gegen Rechts zur Stärkung des demokratischen Diskurses“ – Gießen · „Empowern gegen Colourism“ – Berlin · „Multikulturelles Zentrum Dessau e.V.“ – Dessau · Museumsverein Gröbzigiger Synagoge e.V. – Halle/Dessau · „In der Verschiedenheit liegt die Gemeinsamkeit – gleiche Rechte für alle Frauen“ – Stralsund · „Offener Prozess“ – Chemnitz · IN VIA Katholischer Verein für Mädchen – und Frauensozialarbeit Diözesanverband Dresden – Meißen e.V. – Dresden · „Melting Pott im Ruhrpott: Zweitzeug*innen gegen das Vergessen“ – Essen · „Flucht ins Autoritäre“ – Leipzig · „Hirnkick gegen Rechts!“ – Rostock · „Stadt – Land – Vielfalt“ – Potsdam · „Deine Anne. Ein Mädchen schreibt Geschichte“ – Zittau · Workshop „Stammtischkämpfer*innen“ – Hannover · „Laut & Bunt Festival“ – Havelland **uvm.**

Jedes Mal aufs Neue eine schmerzende Rassismuserfahrung

GEFÖRDETES PROJEKT Immer wieder müssen Schwarze Eltern weißer gelesener Kinder erleben, wie ihnen die Elternschaft abgesprochen wird. Mit einer Workshopreihe unterstützt die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland betroffene Mütter. „Das Kind ist aber hell. Das ist aber nicht ihr Kind, oder?“, „Wo haben Sie denn das Kind her?“ – Für Unbeteiligte mögen diese Sätze leicht daherkommen. Für die betroffenen Mütter jedoch bedeuten sie jedes Mal aufs Neue eine schmerzende Rassismuserfahrung in ihrem Alltag. Wie traumatisierend es ist, wenn Fremde sich immer wieder bemüht fühlen, die eigene Elternschaft abzuspüren, ist für Außenstehende kaum vorstellbar. Um die Betroffenen zu unterstützen, zu stärken und erstmals einen sicheren Raum des Austauschs zu schaffen, hat die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) in Kooperation mit dem Empowerment-Verein Phoenix e.V. eine Workshopreihe innerhalb des Projekts „Empowern gegen Colourism“ ins Leben gerufen. „Colourism“ ist eine in Deutschland wenig aufgearbeitete Sub-

Kategorie von Anti-Schwarzem Rassismus und ein rassifizierendes Konstrukt, das sich explizit auf den Hautton bezieht und Schwarze Menschen hierarchisiert. Durch eine Kategorisierung nach dem Prinzip „je heller, desto besser“ wird das europäische weiße Schönheitsideal als Maßstab genommen. Demnach werden „Dark-Skin“, also Schwarze Menschen mit dunklerem Hautton gegenüber „Light-Skin“, also Schwarzen Menschen mit hellerem Hautton abgewertet. Für Schwarze Mütter, deren Kinder als weiß gelesen werden, ist das sogenannte „Passing“ innerhalb des Colourism-Kontexts eine zwangsweise verletzende Erfahrung: Aufgrund des Hauttons wird die Schwarze Identität der betroffenen Kinder nicht (an-)erkannt, den Müttern ihre Elternschaft abgesprochen. Um im ersten Schritt die Erfahrungen der Mütter in sicherer Atmosphäre ohne Diskriminierung in den Fokus zu stellen, wurde 2019 der erste von zwei Workshops mit dem Titel „How to prevent Colourism – Schwarze Mütter weiß gelesener Kinder“ initiiert und im Rahmen der von der ISD

gegründeten „KIDSemPOWERment“-Eltern-Kind-Gruppe in Frankfurt zum Thema gearbeitet. Mit Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung ging es dieses Jahr mit dem Folgeworkshop für die betroffenen Eltern weiter. Ziel war es, Strategien zur Stärkung des Selbstbildes und dem Umgang mit Alltagssituationen zu erarbeiten. „Die Gemeinschaft und der Austausch mit anderen Schwarzen Frauen und Müttern war eine bereichernde und empowernde Erfahrung“, berichtet eine Teilnehmerin. „Das hat mir viele wertvolle Impulse an die Hand gegeben, Rassismus aus einem Ort der Selbstfürsorge und -reflexion heraus und gleichzeitig mit ganz konkreten Handlungsstrategien zu begegnen.“ Die Mutter, die zur Wahrung des Workshops als sicherem Rückzugsort anonym bleibt, nahm im August 2020 zum zweiten Mal an einem gemeinsamen Treffen teil. „Ich war gerade erst Mutter geworden und erlebte doch schon vom ersten Tag an, was dies für eine Schwarze Frau in einer rassistisch strukturierten Gesellschaft bedeutet“, berichtet eine andere Mutter.

Der sensible Umgang der Trainerinnen war es, der die Workshops so erfolgreich machte und die Frauen ermutigte. Mit sichtbarem Ergebnis: Die Aufarbeitung mündete in eine künstlerische Auseinandersetzung mit dem Titel „Weg zum Empowerment.“ Das Objekt kann in der aktuellen Rassismus-Ausstellung „Ich sehe was, was du nicht siehst“ des Historischen Museums Frankfurt betrachtet werden. So soll das gesammelte Wissen für alle Menschen verfügbar sein, die sich mit dem Thema noch auseinandersetzen wollen – oder müssen: Damit Vielfalt gesehen und verstanden werden kann.

Von Berty Mbuka

Impressum
Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung, November 2020
Novalisstraße 12, 10115 Berlin
info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de
Redaktion: Franziska Schindler und Timo Reinfank (V.i.S.d.P.)
Gestaltung: Design
Sofern nicht anders angegeben, liegen die Bildrechte bei der Amadeu Antonio Stiftung.

ICH MÖCHTE DIE AMADEU ANTONIO STIFTUNG UNTERSTÜTZEN!

- Ich spende per Lastschrift _____ €
- monatlich halbjährlich jährlich einmalig

Ich bin einverstanden, dass die Amadeu Antonio Stiftung diesen Betrag von meinem Konto einzieht. Die Einzugsmächtigung kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen. Bei nicht gegebener Kontodeckung besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

IBAN	Name, Vorname
BIC	Straße, Nr.
Name der Bank	PLZ, Ort
Datum	Telefon
Unterschrift	E-Mail

Bitte ausschneiden und einsenden an: Amadeu Antonio Stiftung, Novalisstraße 12, 10115 Berlin

- Ich möchte den monatlichen E-Mail Newsletter erhalten



Corona ist keine Einbildung – Rassismus und Antisemitismus auch nicht.

Fördern Sie Projekte, die Betroffene unterstützen, Corona-Mythen entswören und Rechtsextremismus bekämpfen!

Spendenkonto: Amadeu Antonio Stiftung
IBAN: DE 32 4306 0967 6005 0000 00 / BIC: GENODEM1GLS / GLS Bank

